

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

April 2014

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem Berlin-Report möchte ich die Gelegenheit nutzen, Euch regelmäßig über meine Arbeit in Berlin und Schleswig-Holstein auf dem

Laufenden zu halten. Nach einem langen Konstituierungsprozess der Bundestagsfraktion, bin ich nun flüchtlingspolitische Sprecherin mit

einem Vollsitz im Innenausschuss, im Petitionsausschuss und stellvertretend im Menschenrechtsausschuss.

Lampedusa • Berlin

Die unfassbaren Flüchtlingstragödien vor Lampedusa haben uns gleich zu Beginn der Legislatur vor große Herausforderungen



Luise und die Berliner Abgeordnete Canan Bayram bei Gesprächen mit Flüchtlingen vor dem Brandenburger Tor gestellt. Parallel zum organisatorischen Einstieg in den Bundestagsalltag protestieren nur hundert Meter entfernt von meinem Büro AsylbewerberInnen aus

Bayern für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland - sie traten in den trockenen Hungerstreik. Ich besuchte sie vor Ort und versuchte mit einem Brief an den damaligen Innenminister Friedrich zu vermitteln. Mit Erfolg, denn die Asylanträge der Protestierenden werden derzeit erneut geprüft, viele von ihnen haben bereits eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Der Forderung nach legalen Einreisemöglichkeiten in die EU und einem solidarischerem Verteilsystem in Europa versuchten unsere Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und ich im Dezember mit einer Reise nach Italien Nachdruck zu verleihen. Im Gespräch mit dem

Senat, dem Innenministerium und der Küstenwache über eine bessere Seenotrettung und einem Besuch in Europas größtem Flüchtlingslager in Mineo auf Sizilien waren wir für mehr Solidarität unter den europäischen Mitgliedsstaaten. Auf diesen Erfahrungen baute auch meine erste Rede im Bundestag auf, in der ich unter anderem eine Reform von Frontex angemahnt und eine humanere EU-Flüchtlingspolitik gefordert habe. Angesichts der immer schärfer werdenden humanitären Lage in Syrien, versuchen wir gerade mit Hochdruck den Bundesländern den Rücken zu stärken und das Kontingent auszubauen.



Luise Amtsberg
Bündnis 90/Die Grünen

Husum • Kiel • Wahlkreis

In den sitzungsfreien Wochen möchte ich so viel wie möglich in Schleswig-Holstein sein. Mir ist eine enge Anbindung an den Landesverband wichtig - ob Besuche bei Einrichtungen, NGO's, Verbänden oder für Veranstaltungen, ich freue mich auf Einladungen von Euch in Euren Kreisverband. Dazu könnt Ihr Euch gern an meine Mitarbeiterinnen Angelika Oschmann (Kiel) und Kerstin Mock-Hofeditz (Husum) wenden.

Ihre Kontaktdaten findet Ihr hier: www.luise-amtsberg.de oder im nebenstehenden Kasten.

Fall Ihr regelmäßig über meine Arbeit informiert werden möchtet, tragt Euch gern in meinen monatlichen Newsletter ein:

www.luise-amtsberg.de/newsletter
Ich freue mich auf einen regen Austausch mit Euch!

Eure

Luise Amtsberg

Büro Husum

Schückingstraße 8, 25813 Husum
Telefon 04841 39 33
westkueste@luise-amtsberg.de

Büro Kiel

Jungmannstr. 50, 24105 Kiel
Telefon 0431 557 82 62
luise.amtsberg.ma04@bundestag.de

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-73053
Telefax 030 227-76051
luise.amtsberg@bundestag.de

 www.luise-amtsberg.de



Grüne Bundestagsfraktion legt Schwerpunkt auf Schutz und Ausbau der digitalen Bürgerrechte

Die Grüne Bundestagsfraktion hat auf ihrer diesjährigen Neujahrsklausur in Weimar u.a. die Schwerpunkte ihrer inhaltlichen Arbeit des ersten Halbjahres der neuen Legislaturperiode festgelegt. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Koordinator des Arbeitskreises III freue ich mich sehr, dass sich die Grünen Bundestagsfraktion darauf verständigt hat, sich in den nächsten Monaten neben der Energiewende vor allem dem Schutz und dem Ausbau unserer digitalen Bürger- und Grundrechte besonders intensiv widmen zu wollen.



Dr. Konstantin von Notz,
Stellv. Fraktions-
vorsitzender und
Netzpolitischer Sprecher

Die alte Bundesregierung hinkte den digitalen Realitäten meilenweit hinterher. Dabei müssen Entwicklungen wie Big Data, Cloud Computing und Smart Grids endlich angemessen gesetzgeberisch Rechnung getragen werden. Als Grüne wissen wir: Selbstverpflichtungen reichen bei Weitem nicht aus, um den Schutz

der Verbraucherinnen und Verbraucher vor unternehmerischer und staatlicher Ausspähung sicherzustellen.

Mittlerweile hat auch die neue Bundesregierung angekündigt, den Daten- und Verbraucherschutz zu einem Schwerpunkt dieser Legislaturperiode machen zu wollen. Das ist überfällig. Um Sicherheit und Verlässlichkeit im Internet und den Schutz unserer Privatsphäre sicherzustellen, sind glasklare rechtliche Vorgaben zum Schutz, der Verarbeitung und Weitergabe persönlicher Daten, eine verbesserte Verschlüsselung und das Verfolgen innovativer Datenschutzkonzepte dringend notwendig.

Ihren vollmundigen Versprechungen muss die Bundesregierung nun aber auch konkrete Taten folgen lassen. Während wir schon die ersten Fachgespräche veranstaltet und parlamentarische Initiativen in den Bundestag eingebracht haben, ist von ihr bislang wenig zu hören. In Sachen Aufklärung des Überwachungs- und Geheimdienstskandals mussten wir sie zum Jagen tragen. Dabei haben nicht zuletzt

die Enthüllungen Edward Snowdens gezeigt, dass die derzeitigen Praktiken von Unternehmen und Geheimdiensten nicht nur das Verbrauchervertrauen gefährden, sondern auch das Vertrauen in die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft insgesamt berühren.

In den nächsten Wochen und Monaten haben wir viel vor. Eine Übersicht unserer zahlreichen Aktivitäten findet Ihr u.a. auf der eigens eingerichteten Rubrik zum Schutz unserer digitalen Bürgerrechte auf den Seiten der grünen Bundestagsfraktion.

Im Herbst dieses Jahres wollen wir an unsere erfolgreichen netzpolitischen Kongresse anknüpfen und zu einem großen Freiheitskongress nach Berlin einladen. Auf ihm werden wir uns sowohl mit dem Wert und dem Erhalt individueller Freiheit beschäftigen, als auch unsere Konzepte zum Schutz und den Ausbau von Privatheit, Bürgerrechten und Verbraucherschutz im digitalen Zeitalter diskutieren.

Gemeinsam und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir auch weiterhin an Lösungen für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters arbeiten. Unsere Demokratie wollen wir im Zusammenspiel mit einer engagierten Zivilgesellschaft transparenter gestalten und durch neue, direkt-demokratische Beteiligungsformen und Zugangsrechte vitalisieren.

Ich freue mich, wenn ihr unsere Arbeit begleitet und komme jederzeit gerne in Eure Kreis- und Ortsverbände, um zu berichten.

Konstantin

Wahlkreisbüro von Notz
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

 www.von-notz.de

Ein Mobilitätsportal für Schleswig-Holstein

In der Verkehrspolitik geht es meist nur um fehlendes Geld. Was aber geschieht, wenn nicht mehr Mittel fließen? Dann brauchen wir die vernetzte Mobilität. **Position von Valerie Wilms**

Die Mobilität in Schleswig-Holstein wird immer mehr von klammen öffentlichen Kassen und demografischem Wandel bestimmt. Bis 2025 wird von einer jährlichen Finanzierungslücke von 22 Millionen Euro ausgegangen – selbst wenn Fahrpreise angehoben werden. Und bis Mitte des Jahrhunderts werden in Schleswig-Holstein etwa acht-zehn Prozent weniger Menschen wohnen. Während urbane Räume wie Kiel und der Hamburger Rand wachsen, geht die Bevölkerung im ländlichen Raum zurück. Besonders

schnell an Grenzen. Zwar gibt es gute Ansätze wie den SH-Tarif, der fast landesweit einen einheitlichen Tarif im ÖPNV ermöglicht. Insgesamt aber bleiben die meisten Möglichkeiten ungenutzt: Außerhalb von Ballungszentren und Stoßzeiten sind Busse und Bahnen deshalb oft leer, Taxifahrer verbringen ihre Zeit vor allem mit Warten und private Autos stehen die meiste Zeit ungenutzt herum. Um diese Kapazitäten zu erschließen, müssten wir die Verkehrsträger klug vernetzen. So könnten wir die Zeiten der Nicht-Nutzung von Fahrzeugen zu reduzieren. Meine Vision ist deswegen ein Mobilitätsportal, das alle Verkehrsträger zusammen nutzbar macht. Ein onlinebasiertes Netzportal könnte Angebote bündeln und die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten berechnen.

Das Portal sollte nach Schnelligkeit, Preisbewusstsein und Klimaschutz differenzieren können. Gleichzeitig müsste der Datenschutz gewährleistet bleiben, damit keine umfassenden Bewegungsprofile erstellt werden können.

Im Koalitionsvertrag haben sich Grüne, SPD und SSW darauf verständigt, verstärkt auf e-Mobilität zu setzen und sie in einem verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätskonzept weiter zu entwickeln. Für Bahn und Bus will die Küsten-Koalition ein einfaches System mit einheitlichem Auftritt, einfachem Tarif und abgestimmtem Angebot.

Diese Vereinbarung müssen wir jetzt mit Leben füllen. Ausgangspunkt eines Mobilitätsportals könnte der öffentliche Nahverkehr sein: Die bereits bestehende Kooperation der

Anbieter des Nahverkehrs mit einer gemeinsamen Verbindungssuche und beim SH-Tarif könnte erweitert werden. Ein gemeinsames Buchungs- und Abrechnungssystem sollte das Ziel sein. Es erscheint sinnvoll mit einem Pilotprojekt zu starten, um Probleme im begrenzten Rahmen zu erkennen und lösen zu können. Eine ländliche Region in Anbindung zu einer Stadt scheint zweckmäßig, um die unterschiedlichen Bedürfnisse zwischen Land und urbanem Raum abzubilden. Das wird nicht von heute auf morgen umsetzbar sein. Aber wir sollten jetzt die Grundlagen für die vernetzte Mobilität in Schleswig-Holstein schaffen – denn wir wollen auch in Zukunft mobil bleiben.



Dr. Valerie Wilms
Obfrau im
Verkehrsausschuss und
Nachhaltigkeitsbeauftragte
Bündnis 90/Die Grünen



hier wird es eine enorme Herausforderung sein, überhaupt bestehende Straßen, Schienen, Linien und Taktfrequenzen zu erhalten.

Die heutige Mobilität ist fragmentiert: Es gibt in Schleswig-Holstein sechs Eisenbahn- und etwa fünfzig Busunternehmen, dazu Car-Sharing-Anbieter, Fahrradverleihsysteme, Taxis und viele Privatfahrzeuge. Wer unterwegs ist, nutzt die Verkehrsmittel getrennt und zahlt extra. Wer dies zusammen nutzen will, stößt

Was denkst du über ein Mobilitätsportal für Schleswig-Holstein? Lass uns debattieren und melde dich unter valerie.wilms@bundestag.de



Eine ausführliche Version dieses Positionspapiers ist unter dem QR-Code zu finden

Wahlkreisbüro Wilms
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de